

EIL-A6NEU We want you(r): Wohnraum!

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün
Beschlussdatum: 01.06.2018
Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

2521 In den meisten Städten in Deutschland ist das Thema Wohnen zu einer
2522 existentiellen Frage geworden. Personen mit niedrigen und mittleren Einkommen
2523 leiden darunter, dazu gehören meistens auch Studierende. Neben finanziellen
2524 Einschränkungen spielen oft soziale Merkmale eine Rolle, aufgrund dessen
2525 bestimmte Personengruppen bei der Wohnungssuche benachteiligt werden. Im
2526 studentischen Milieus sind dies oftmals ausländische Studierende, die während
2527 der Wohnungssuche diskriminiert werden. Neben einer Erhöhung, Ausweitung und
2528 Anpassung der BAföG-Leistungen an lokale Gegebenheiten fordert Campusgrün
2529 weitere Verschärfungen und Etablierung von Instrumenten, um die Verteuerung von
2530 Wohnraum und den Wohnungsmangel zu bekämpfen, damit Wohnraum wieder mehr an die
2531 Wohnbedürfnisse von Menschen auszurichten. Zusätzlich zu dem Beschluss
2532 „Wohnungsnot bekämpfen – Günstigen Wohnraum schaffen!“ aus dem Jahr 2013 sieht
2533 Campusgrün folgenden Handlungsbedarf:

2534 1. Verschärfung der Mietpreisbremse

2535 Die momentane Form der Mietpreisbremse hat sich überwiegend als wirkungslos und
2536 ineffektiv erwiesen: Sie greift nicht konsequent genug und nur in bestimmten
2537 Regionen, Wiedervermietungsrenten liegen oftmals weiterhin über der
2538 festgesetzten Obergrenze und Verstöße können nicht konsequent verfolgt und
2539 geahndet werden. Daher fordert Campusgrün folgende Aspekte zur Verbesserung der
2540 Mietpreisbremse:

- 2541 • Berechnung der Mietspiegel ändern: Anzahl der vorangegangenen Jahre
2542 erhöhen, die für die Abbildung der Mietentwicklung in den Mietspiegeln
2543 ausschlaggebend sind
- 2544 • Schonzeitraum verlängern, in dem keine Mietsteigerungen möglich sind und
2545 gleichzeitig Erhöhungsmöglichkeiten verringern
- 2546 • Umlegung von Modernisierungskosten begrenzen, indem darauffolgende
2547 Mieterhöhungen nur im Rahmen ortsüblicher Vergleichsmieten erfolgen dürfen
- 2548 • Verstöße als Ordnungswidrigkeit ahnden und den Zeitraum für Rückzahlungen
2549 auf den Beginn des Mietverhältnisses erweitern
- 2550 • Auskunftspflichten über Errechnung der Miete von Vermieter*innen gegenüber
2551 Mieter*innen einführen

2552 2. Schluss mit Spekulationen – ökologisches, nachhaltiges und sozial-
2553 verträgliches Bauen statt leeren Wohnflächen!

2554 Neben steigender Mieten stellt auch fehlender Wohnraum ein Problem dar: Das
2555 Angebot kommt der Nachfrage in den Städten nicht hinterher. Für eine Trendwende
2556 ist es ausschlaggebend, dass sich Leerstand und Nichtbebauung nicht mehr lohnen,
2557 damit potentielle Wohnflächen nicht als Spekulationsobjekte missbraucht werden.

2558 Dort, wo nur noch wenig Fläche zur Verfügung steht, können Nachverdichtungen
 2559 Umwidmungen von leerstehenden Gewerbeflächen und experimentelle Wohnformen als
 2560 Nutzung urbaner Nischen auch auf ökologische und nachhaltige Weise
 2561 Wohnraumangel entgegenwirken. Es müssen Regelungen für Neubauten,
 2562 Nachverdichtungen und Sanierungen geschaffen werden, die darauf hinwirken, dass
 2563 der zur Verfügung stehenden Raum ökologisch, energiebewusst und
 2564 bedarfsorientiert genutzt wird und Nichtbebauung von Flächen sowie Leerstand von
 2565 Gebäuden sanktioniert. Campusgrün fordert daher:

- 2566 • Baulandsteuer bei der Nichtbebauung von Wohnflächen einführen, zusätzlich
 2567 zu der bereits von Campusgrün geforderten Steuer auf Leerstand
- 2568 • Stufentarife bei der Grunderwerbssteuer einführen
- 2569 • Reformierung der Grundsteuer hin zur Bodenwertsteuer
- 2570 • Nachverdichtungen wie Dachaufstockungen an ökologisch sinnvollen Orten
 2571 steuerlich begünstigen
- 2572 • Gesetzliche Regelungen zur Verringerung des Flächenbedarfs, die zur
 2573 Schaffung der notwendigen Wohneinheiten führen
- 2574 • Schaffung von Räumen und Abbau von Hürden für Wohnprojekte, experimentelle
 2575 Wohnkonzepte und forschendes Wohnen

2576 3. Förderung bezahlbaren Wohnens

2577 Neben einer verschärften Mietpreisbremse und der Unterbindung von
 2578 Immobilienspekulationen benötigt es vor allem auch sozialen Wohnungsbau und
 2579 Wohnungsbau im Sektor der niedrigen Mieten, um den Bedarf an bezahlbarem
 2580 Wohnraum für alle zu decken. Personen mit niedrigem Einkommen sind häufig auf
 2581 sozialen Wohnungsbau angewiesen. Studierende sind zusätzlich noch auf
 2582 ausreichende und mit Bafög bezahlbare Wohnraumplätze, sowie auf eine angemessene
 2583 BAföG-Wohnraumpauschale angewiesen, beides ist momentan nicht gegeben. Daher
 2584 fordert Campusgrün:

- 2585 • Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausweiten, für eine ausreichende
 2586 Finanzierung über den Bund ist hier eine Grundgesetzänderung notwendig
- 2587 • Förderung von experimentellen und forschenden Wohnkonzepten die den
 2588 Flächenbedarf unserer aktuellen Wohngeohnheiten überdenken
- 2589 • Investitionszuschüsse bei der Bereitstellung (Umbau, Neubau) von Wohnungen
 2590 im Sektor der niedrigen Mieten und zu Wohnungsbaugenossenschaften
- 2591 • Zusätzliche Bezuschussung der Sanierung und des Neubaus von
 2592 Wohnheimplätzen über den Bund
- 2593 • Orientierung der BAföG-Wohnraumpauschale an lokalen Mietspiegeln

2594 4. Recht auf Wohnen

2595 Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte sieht im Artikel 25 – „Recht auf
 2596 einen angemessenen Lebensstandard“ Jedem Menschen hat das Recht auf eine Wohnung

2597 vor. Wir fordern, dass dieses Recht ernst genommen wird und jedem Menschen
2598 Wohnraum zur Verfügung gestellt wird.

2599 5. Gemeinsamer Kampf für bezahlbaren Wohnraum – Solidarität mit Hausbesetzungen

2600 Die aktuellen Hausbesetzungen in Berlin machen noch einmal verstärkt auf die
2601 problematische Situation des Wohnungsmarkts - nicht nur in Berlin - aufmerksam.

2602 Die Mieten steigen trotz gesetzlicher Mietpreisbremse immer weiter an.

2603 Campusgrün schließt sich daher der Solidaritätserklärung der GRÜNEN JUGEND an:

2604 Der politische Skandal sind nicht die Hausbesetzungen, sondern die immer weiter
2605 steigenden - kaum noch bezahlbaren – Mieten (1).

2606 (1)[https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-
2607 gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)